

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Nr. 239.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 13. Oktober 1931.

13. Jahrgang.

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und
0.86 Vierteljährlich, beim eigenen Verkauf bestellbar. — Fürs
Ausland unter Streichband 1.50 (inkl. Postgeb.). Preis der
Eingelnummer 10 Pf. Postfach 10 Hannover 67 877.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Bestand 30 Pf. Beilagen unter 50 g je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach
10 Hannover 67 877.

Deutschland sehnt sich nach einer Hand,
Die sicher die Zügel führt,
Nach einem Kopfe, der voll Verstand
Das irrende Volk regiert;
Nach Zügel, die fest und zielbewußt
Beschreiten die rechte Bahn,
Nach einem Herzen in deutscher Brust,
Das deutsch nur denken kann.
Deutschland ersehnt einen ganzen Mann,
Der fest im Glauben steht,
Und der kein Werk beginnen kann
Ohn' gläubiges Gebet,
Der nicht auf eigene Kraft vertraut
Noch sonst ein irdisch Gut:
Ein Mann, der auf das Kreuz nur schaut,
Erst dann wird's wieder gut.

Diktatur mit einem Schuß Demokratie?

Das neue Bündel Notverordnungen ist erschienen. Es lohnt sich kaum, eingehend darüber zu referieren. Die gute Absicht, die ihnen inne wohnt, kommt zwei bis drei Jahre zu spät, und in wenigen Wochen werden sie durch neue ersetzt oder durch Ergänzungen abgerundet werden müssen. Inzwischen geht die Wirtschaft zugrunde! Die Aufnahme der Siedlungsfragen in die Reichspolitik mußte, wenn sie wirksam sein sollte, am 8. November 1918 erfolgen, um dem „Volk ohne Raum“ Raum zu schaffen.

Oft genug haben gerade jene Kreise und politischen Richtungen auf eine energische Aufnahme der Siedlungsfrage gedrängt, die jahrelang als „staatsfeindlich“ oder wenigstens als „staatsfremd“ galten. Wie ja überhaupt das Bündel der Notverordnungen beweist, daß oft die bessere Einsicht bei den Kritikern des bisherigen Regierungskurses zu finden war.

Um so bedauerlicher, daß auch jetzt noch diese Kreise von der Übernahme der Mitverantwortung ausgeschaltet werden, in Zeiten, in denen es die Frage nach der Farbe der Roharde nicht mehr geben sollte. Neue Männer bedeuten keinen neuen Kurs. Besonders ernst muß auf die Tatsache hingewiesen werden, daß das Bündel der neuen Notverordnungen in den Schlüsselbestimmungen die Aufhebung der wesentlichen Teile der Verfassung zuläßt. Mit anderen Worten, die Grundrechte der Deutschen sind aufgehoben, bezw. der Regierung ist die Ermächtigung gegeben, sie jederzeit nach Belieben außer Kraft zu setzen. Es handelt sich um die Artikel 114 der Reichsverfassung (Unverletzlichkeit der Person; Freiheit der Person), 115 Unverletzlichkeit der Wohnung; 117 (Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses); 118 (das Recht der freien Meinungsäußerung durch Wort, Schrift, Druck und Bild); 123 (das Recht der Versammlungsfreiheit ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis); 153 (Gewährleistung des Eigentums durch die Verfassung).

Man denke sich diese Artikel, in denen die Grundrechte des Deutschen niedergelegt sind, aus der Verfassung heraus, um zu erkennen, was dann noch übrig bleibt. Es bleibe hier unerörtert, ob es einen anderen Ausweg nicht gab. Ich stelle lediglich fest, was absichtlich von der einschlägigen Presse nicht deutlich genug hervorgehoben wird, die sonst um die Wahrung demokratischen Gedankengutes so besorgt ist. Die neue erweiterte Verordnung, betreffend „politische Ausschreitungen“, erinnert an die Zeit des Sozialistengesetzes, nur daß diese Verordnung mit anderen Vorzeichen versehen ist. Wie ich höre, sind die Parteien von der Sozialdemokratie bis zum Christlich-sozialen Volksdienst und Volkskonservativen übereingekommen, die bisher erlassenen Notverordnungen einschließlich derer, die die Grundrechte der Deutschen aufzuheben ermöglichen, in den kommenden Reichstagsitzungen anzunehmen.

Von der Sozialdemokratie ist das um so verwunderlicher, als sie es war, die jahrzehntelang um die Verankerung dieser Grundrechte in der Verfassung gekämpft und zweifelsohne auch erhebliche Opfer gebracht hat. Die Staatspartei, der das Regieren mit dem Artikel 48 der Verfassung noch unangenehmer ist als der SPD, protestiert öffentlich, aber sie glaubt einen anderen Ausweg nicht finden zu können und ist darum bereit, die Notverordnungen samt und sonders anzunehmen, mit der Klausel, daß die drückendsten Bestimmungen „so bald wie möglich“ wieder aufgehoben werden. Ein dehnbarer Begriff! Die übrigen Parteien werden durch Umbildung

der Regierung beruhigt, eine Umbildung, die auf den ersten Blick eine stärkere Vertretung der bürgerlichen Mitte vortäuscht.

Die Umbildung hat lediglich den Zweck, dem Kabinett Brüning den Rechenschaftsbericht zu erleichtern, den es am 13. Oktober zu geben hat. Den neuen und demnach unbelasteten Männern wird man aus Anstandsgründen eine Verantwortung für die Politik der letzten Monate nicht auferlegen können. Sie werden um ein Vertrauen, welches sie in den kommenden Monaten zu rechtfertigen haben.

Herr Brüning bleibt Kanzler, und es wäre eine Beruhigung, daß er das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten besitzt, wenn er zugleich auch das uneingeschränkte und nicht so stark bedingte Vertrauen des gesamten deutschen Volkes besäße, das zu erwerben ihm bisher nicht gelang. Es war ein beliebtes Propagandamittel der Weimarer Parteien, in allen Tonarten vor einer Diktatur zu warnen und an die Grundrechte der Deutschen zu erinnern, die in der Verfassung verankert seien. Heute sind die Weimarer Parteien gezwungen, eine Diktatur zu stützen, die sich von einer reinen Diktatur in der Wahl der Mittel und durch eine Kulisse von Parlamentarismus unterscheidet. Das offen als Feststellung auszusprechen, darf man sich nicht scheuen. Wie gesagt, man mag die Diktatur für nötig erachten und glauben, anders den Dingen nicht mehr beikommen zu können. Und wenn nur dieser Weg zum Ziele führt, so mag auch die Diktatur willkommen sein. Festzustellen bleibt dann aber auch, daß mit Hilfe einer solchen Diktatur des Art 48 auch die Rechtsopposition in der Lage gewesen wäre, zu regieren, und daß das Streben nach einer solchen Diktatur keinesfalls mehr staatsfeindlich oder demokratiefeindlich genannt werden darf, nach dem eine über alle Zweifel erhabene Regierung sich dieses Mittels bedient.

Meiner Auffassung nach ist das Mittel der Diktatur mit dem Artikel 48 der Verfassung dann unnötig, wenn ein Staatsvolk dieser Zeit der Wirrnisse gegenübersteht. Die Aufhebung der Grundrechte der Deutschen beweist entweder, daß die Deutschen kein Staatsvolk bilden können, das sich der Lage gewachsen zeigt. Dann entfällt die Begründung zur Revolution von 1918 und sie war geschichtlich gesehen ein Verbrechen an der Nation. Oder aber eine Regierung kann sich nicht anders behaupten, als unter Zuhilfenahme dieses Verfassungsartikels, weil eine immer stärker werdende Opposition energisch Bruch mit einer Politik verlangt, die diese Opposition als verfehlt erachtet. Dann würde das heißen, daß wir vor einer neuen Welle von Auflehnungen stehen, gegen die sich die Regierung sichern will.

Für uns als Christen gilt, daß wir der Obrigkeit untertan sind, die über uns Gewalt hat. Es gilt aber auch, mutig und furchtlos für Recht und Gerechtigkeit einzutreten; die Obrigkeit zu warnen und, soviel an uns ist, dem inneren Frieden eben dadurch zu dienen, daß wir auf die auf Auflösung drängenden Spannungen hinweisen, die durch Ueberspannungen entstehen.

Daß wir an der Grenze angekommen sind, an der sich Recht und Unrecht verwischen, beweist der Austritt des einstmaligen preußischen Innenministers Professor Baumbach aus der SPD oder vielmehr seine Begründung: „Wichtige Grundzüge der Demokratie sind mit Hilfe der Notverordnungen, bezw. der Art ihrer Anwendung auch solchen Volksgenossen gegenüber verletzt worden, die zu verfassungsmäßigen Zwecken, mit verfassungsmäßigen Mitteln von ihren verfassungsmäßigen Rechten Gebrauch machen wollen.“

Ich muß es ablehnen, weiter die Verantwortung für die Folgen dieser widersprechenden, kurzfristigen Politik mit zu übernehmen.

Eines Kommentars bedarf es freilich nicht mehr, wenn der einstige preußische Innenminister, der ganz gewiß ein guter Sozialdemokrat war und während seiner Amtszeit die Bindungen an die Partei niemals verleugnet hat, Kritik am Verhalten der Demokratie übt und für sich die Konsequenzen zieht. Ihm sind manche Prominente vorausgegangen und weitere werden folgen.

Demokratie mit einem Schuß Diktatur mag manchmal nötig sein. Diktatur mit einem Schuß Demokratie bleibt Diktatur.

Wenn die Deutschen kein Staatsvolk bilden, so ist das die Schuld der Weimarer Parteien, die durch die Anerkennung der Priorität des Parteiwesens das Volk zu Interessentenhaufen wandelten. Wenn wir Deutsche wieder zum Staatsvolk werden sollten, so danken wir es jedenfalls nicht der Demokratie. Das steht schon heute fest.

J. B. A.

Lohnkämpfe und wachsende Arbeitslosigkeit.

Als in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts die deutsche Industrie jenen sagenhaften Aufschwung nahm, wuchs naturgemäß auch das Heer der Angestellten und Arbeiter, die sich zur Vertretung ihrer Interessen in Gewerkschaften zusammenschlossen. Diese Kollektivvertretung der Arbeitnehmerinteressen fand ihre Berechtigung in der grundsätzlichen Erwägung, daß zum Produktionsprozeß der Arbeitgeber mit seinem Kapital notwendig ist und andererseits der Arbeitnehmer mit seiner Arbeitskraft. Daraus schloßfolgte man, daß ein Arbeitsvertrag nicht einseitig, sondern von beiden an der Produktion beteiligten Gruppen gemeinsam abgeschlossen werden mußte, für die Arbeitnehmer also durch die Gewerkschaften. Trotz dieser Regelung kam es in einer Zeit, in der die Gewerkschaften noch nicht anerkannt wurden, oftmals zu heftigen Lohnkämpfen. Vielfach kämpften beide Gruppen um das Prinzip, was einerseits umfangreiche Streiks und andererseits Aussperrungen zur Folge hatte. Nach dem Kriege suchten Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein geordnetes Verhältnis herbeizuführen, indem sie Arbeitsgemeinschaften bildeten, in denen vorhandene Spannungen beseitigt werden sollten, um dadurch Lohnkämpfe zu vermeiden. Nicht allzu lange erfreute sich die deutsche Wirtschaft dieser zweckmäßigen Einrichtung. Zur Zeit der wirtschaftlichen Scheinblüte vor etwa 3 bis 4 Jahren kamen auf beiden Seiten Ueberheblichkeiten vor, so daß die Arbeitsgemeinschaften mehr und mehr in den Hintergrund traten und schließlich, nicht ohne Schuld der sozialdemokratischen Gewerkschaften, der Auflösung verfielen. Dieser Scheinblüte folgte der wirtschaftliche Niedergang, was sich in einer wachsenden Arbeitslosigkeit auswirkte. Dadurch wurde der Arbeiterschaft die Möglichkeit genommen, nach dem alten System der Arbeitsniederlegung sich die gewünschte Geltung zu verschaffen. Es ist, psychologisch betrachtet, verständlich, wenn die Arbeitnehmer in einer Zeit niedergehender Konjunktur es nicht zum äußersten kommen lassen, sondern, wenn auch nur der Not gehorchend, bereit sind, die eine oder die andere Verschlechterung des Arbeitsvertrages hinzunehmen. Mehr denn je bangt heute jeder Arbeitnehmer um seine Stellung und mancher wird erleichtert aufatmen, wenn der Kündigungsstermin, ihn schonend, vorübergegangen ist.

Trotzdem von den Arbeitnehmern das ihnen zur Verfügung stehende Druckmittel des Streiks nicht mehr in dem Maße wie früher in Anwendung gebracht werden kann, sind in den Jahren 1930 und 1931 noch verhältnismäßig viel Arbeitsunterbrechungen vorgekommen. Im Reichsarbeitsblatt Nr. 27 werden jetzt die vorläufigen Zahlen der Arbeitskämpfe im 2. Vierteljahr 1931 bekannt gegeben. In dieser Zeit fanden 117 Streiks der Arbeitnehmer statt. Sie bezogen sich auf 2 657 Betriebe mit 27 069 Streikenden, was einen Verlust von 325 378 Arbeitstagen ausmachte. Im Vergleich zum zweiten Vierteljahr 1930 hat die Zahl der Streiks zugenommen, gegenüber dem ersten Vierteljahr 1931 ist dagegen eine Abnahme zu verzeichnen. Die meisten Streiks betrafen den Arbeitslohn. Allein rund 300 000 verlorene Arbeitstage entfallen auf diesen Kampf. Die restliche Zahl verteilt sich auf andere tarifvertragliche Bestimmungen. Diesen Streiks standen auch Aussperrung der Arbeitgeber gegenüber, sodaß trotz der Schwere der Zeit wirtschaftliche Kämpfe nicht ganz verhindert werden konnten.

Um nach Möglichkeit zu verhindern, daß vorhandene Gegensätze sich in Streiks und Aussperrungen auswirken, hat das Reichsarbeitsministerium großen Wert darauf gelegt, durch Schiedsspruch das Arbeitsverhältnis zu regeln. Daß eine solche Regelung in allen Fällen keine der beiden Kontrahenten befriedigen konnte, ist verständlich. Die Arbeitgeber drängen auf starken Lohn- und Gehaltsaufbau, während die Arbeitnehmer sich naturgemäß dagegen sträubten. Ein salomonischer Spruch, der durch eine mittlere Entscheidung versucht, beiden Teilen gerecht zu werden, löste in vielen Fällen weitgehende Verstimmungen aus.

Die Arbeitgeber haben nun, um freie Hand zu bekommen, in ihrem dem Reichskanzler vorgeschlagenen Wirtschaftsprogramm gefordert, daß alle tariflichen Bindungen beseitigt werden sollen, d. h. daß der Arbeitgeber wieder das Recht bekommt, nach eigenem Ermessen Gehälter und Löhne festzusetzen. Bei weitgehendster Berücksichtigung der gegenwärtigen Wirtschaftslage ist es verständlich, daß die Arbeitnehmer sich dagegen wehren, um so mehr, da im Monat September die Arbeitgeber von der Möglichkeit, den Lohnvertrag zum 31. Oktober zu

kündigen, reichlichen Gebrauch gemacht haben. So wurden z. B. in der Berliner Metallindustrie von einer solchen Tarifkündigung rund 114 000 Arbeiter in 270 Betrieben betroffen. In der Leipziger Metallindustrie wurde das Gehaltsabkommen mit den Angestellten gekündigt, ebenso in einer Reihe schlesischer Industriestädte, bei denen insgesamt 18 000 Arbeiter betroffen wurden. Da man in der Metallindustrie noch eine lange Liste der vorgenommenen Kündigungen zum 31. Oktober aufzählen könnte, darf man annehmen, daß gerade diese Industrie eine Art Generalangriff auf die bestehenden Tarifvereinbarungen unternommen hat. Ähnlich sieht es in der Textilindustrie aus, in der in den letzten Wochen fast reiflos die Tarife gekündigt worden sind. Hier fordern die Arbeitgeber eine Senkung der Löhne zwischen 20 und 25 Prozent. Eine Anzahl weiterer Industrien haben sich zu einem ähnlichen Vorgehen entschlossen, so daß man annehmen darf, daß trotz der Schwere der Zeit wahrscheinlich Lohnkämpfe nicht ausbleiben werden.

Aber nicht nur die Privatangestellten und Arbeiter haben Veranlassung, noch sorgenvoller in die Zukunft zu blicken, sondern auch die Behördenangestellten werden vom gleichen Schicksal betroffen. Obwohl deren Gehälter dann gekürzt werden können, wenn eine Beamtengehaltskürzung während der geltenden Dauer des Tarifvertrages erfolgt, sind in zahlreichen Behörden und Kommunalverwaltungen Tarifverträge gekündigt, die zum Teil noch eine Laufdauer bis zum Juni 1932 haben. Durch diese Kündigungen werden rund 60 000 Behördenangestellte erfaßt. Einige andere Behörden, wie z. B. die Reichspost, führen Verhandlungen auf Einführung einer verkürzten Arbeitszeit für die Behördenangestellten, was allerdings insofern auf Schwierigkeiten stößt, da die Angestellten im Zusammenhang mit den Beamten arbeiten, so daß eine Einführung der Kurzarbeit bei den Behörden nur für beide Arbeitnehmergruppen gleichmäßig und gleichzeitig möglich ist. Man darf überzeugt sein, daß durch diese Maßnahmen sich das Heer der Arbeitslosen, teilweise ohne Not, noch weiter vergrößern wird. Der Reichskanzler will darum versuchen, Arbeitgeber und Gewerkschaften zusammenzubringen, um Verständigungen zu ermöglichen, denn wenn sich in dieser Zeit nicht Arbeitgeber und -nehmer mit dem uneingeschränkten Willen zur Zusammenarbeit in gegenseitiger Offenheit zusammenfinden, dann sehen wir allerdings als Erbe aus dieser Zeit nur den Bolschewismus hervorkommen. Es trifft zu, was im Führerbrief der Volkshochschulvereinigung zum Ausdruck gebracht wird, daß die deutsche Wirtschaft viel zu empfindlich ist, als daß die Hoffnung auf ein Niederlagen der bolschewistischen Kraft im Bürgerkrieg eine Berechtigung zum Glauben an die Erhaltung unserer Wirtschaft in sich tragen könnte. W. W.

Umschreibung des Pfarrers Edert.

— Karlsruhe, 12. Oktober.

Die evangelische Kirchenregierung hat zu dem Uebertritt des Pfarrers Edert-Mannheim zur KPD. Stellung genommen und sich dahin ausgesprochen, daß es mit dem Amt eines evangelischen Geistlichen nicht vereinbar sei, als agitatorisch tätiges Mitglied einer politischen Partei anzugehören, die jeglicher Art von Religiosität, vor allem aber dem Christentum und den es vertretenden Kirchen den schärfsten Kampf angesetzt hat und diesen Kampf in Wort und Tat rückwärts führt. Auf Grund dieser Stellungnahme hat der Oberkirchenrat gegen Pfarrer Edert das dienstgerichtliche Verfahren mit dem Ziel der Entlassung aus dem Kirchendienst eingeleitet und ihn mit sofortiger Wirkung seines Amtes enthoben.

Sonnenstrahlen.

Sonnenstrahlen gehören zum irdischen Dasein. Ohne sie wäre kein höher organisiertes Leben möglich, ohne Licht würde ewiger Tod unsere Erde bedecken. Schauen wir mit offenen Augen in die Natur, so werden wir inne, daß alle Kräfte in uns und um uns umgeformte Sonnenenergie sind. Sonnenwärme ist es, die das Wasser des Ozeans als Wasserdampf emporsteigen läßt. Die Kraft des Windes, hervorgerufen durch die verschiedenen starke Erwärmung der Luftschichten durch die Sonne, treibt die Wolken über Land und Meer und als erfrischender Regen strömen die auf solche Weise transportierten Wassermassen zur Erde nieder. So ist die Sonne die mächtige Pumpe, die für die Befruchtung unserer Felder und Gärten sorgt und all unsere Nahrung wächst und wird in ihrem Strahl. Selbst die Kohle, die unser Heim erwärmt, die Riesenschiffe über die Wellenberge des Ozeans treibt und uns die modernste Kraft, den elektrischen Strom, liefert, entstammt pflanzlichen Produkten, die einst, vor Jahrmillionen, im Licht der Sonne wuchsen und wurden, die noch heute unsere Kornfelder reifen läßt. Was ist also ohne Sonne, ohne sie, den gigantischen Feuerball, der an Größe 1 1/4 Millionen mal unsere Erde übertrifft und etwa 150 Millionen Kilometer von ihr entfernt ist? — Nichts! Sonnenlicht und Sonnenwärme sind die alleinigen Träger und Erhalter allen Lebens auf ihr. Wir können es daher verstehen, daß intelligente und kultivierte Völker des Altertums, wie die alten Indier und die Ureinwohner des heutigen Peru, die Inkas, zur Sonne beteten und ihr göttliche Verehrung zuteil werden ließen.

So steht das Licht der Sonne im engsten Zusammenhang mit allem organischen Leben. Wenn es daher plötzlich schwindet, wie das bei einer totalen Sonnenfinsternis der Fall ist, dann geht es wie ein Erschrecken durch die Natur. Ein unheimliches Gefühl bemächtigt sich der Menschen, die Vögel verstummen und suchen ihre Nester auf und viele Pflanzen schließen ihre Blätter und Blüten. Dampfe Behemmung liegt über dem Land; alles Leben scheint es direkt zu empfinden, daß ihm die Strahlen der Sonne, die Quellen aller Kraft, wie durch das Dazwischentreten einer dunklen feindlichen Macht plötzlich und

Brünings Programm.

Erste Sitzung des neuen Kabinetts. — Einsetzung eines Wirtschaftsbeirats.

— Berlin, 12. Oktober.

Das neue Kabinett Brüning trat noch vor der Verabschiedung durch den Reichspräsidenten von Hindenburg zu einer Sitzung zusammen, über die folgende Mitteilung veröffentlicht wird: „Im Anschluß an eine allgemeine politische Aussprache setzte das Reichskabinett sofort die bereits vom vorigen Kabinett in Angriff genommenen Arbeiten eines Wirtschaftsprogramms fort. Insbesondere wurde die Schaffung des Wirtschaftsbeirats erörtert, der mit bestimmtem Programm in kurzer Frist eingelegt werden soll, um in grundlegenden Fragen der deutschen Wirtschaftspolitik der Reichsregierung alsbald Vorschläge zu unterbreiten.“

Wie weiter verlautet, soll das Wirtschaftsprogramm möglichst schnell herauskommen, da die letzte Notverordnung der alten Regierung nur die finanz- und verwaltungspolitischen Maßnahmen des großen Herbstprogramms enthielt, während die großen Wirtschaftsfragen mit Rücksicht auf die durch die Entwertung des englischen Pfundes geschaffene Unsicherheit zurückgestellt worden sind. In den Kreisen der Reichsregierung rechnet man damit, daß die bevorstehende Tagung des Reichstags nur wenige Tage umfassen wird. Geht alles glatt, will der Kanzler nach der Reichstagsagung einen kurzen Urlaub antreten, um danach mit frischer Kraft die Verabschiedung des — allerdings dringender erforderlichen — Wirtschaftsprogramms zu betreiben. Ueber die Grundlinien dieses Programms verlautet:

Die große Linie dieses Programms wird vor allem unter zwei Gesichtspunkten stehen. Das ist erstens eine planvolle Regelung der Verhältnisse innerhalb unserer Wirtschaft. Zu diesem Zwecke sollen Arbeitgeber und Gewerkschaften mit den zuständigen Ministerien an einen Tisch gebracht werden. Der Kanzler will den beiden großen Faktoren der Wirtschaft klarmachen, daß es ohne Zweifel in beiderseitigem Interesse liegt, wenn diese Dinge auf dem Wege einer vernünftigen Verständigung in Ordnung gebracht würden. Der zweite Hauptgesichtspunkt zielt darauf ab, eine Erleichterung für den Geldmarkt herbeizuführen. Es ist absolut sicher, daß das zweite Kabinett Brüning dabei inflationistische Bestrebungen mit derselben Entschiedenheit ablehnt, wie der Kanzler das bisher getan hat. In den letzten Wochen ist an dem Geldproblem aber bereits gearbeitet worden, so daß jetzt schon zwei Pläne vorliegen, nämlich einer des Reichsfinanzministeriums und ein zweites Projekt, das Prof. Warmbold ausgearbeitet hat. Sie beide werden die Grundlage für diesen Teil des Wirtschaftsprogramms bilden.

Der neue Reichswirtschaftsminister Prof. Dr. Warmbold, der bisher dem Vorstand der I. G. Farbenindustrie angehörte, hat mit seinem Eintritt in das Kabinett sein Amt in der Industrie niedergelegt.

An die zurückgetretenen Minister Dr. Curtius, Dr. Wirth und von Guérard hat Reichspräsident von Hindenburg Handzettel geschrieben.

Das Kabinett vollständig.

Reichspostminister Schäkel bleibt im Amt. — Vereidigung der neuen Minister.

— Berlin, 12. Oktober.

Das „Neun-Männer-Kabinett“ ist jetzt vollständig. Der Reichspostminister Dr. Schäkel hat, wie wir erfahren, seinen Eintritt in die Reichsregierung unter der Voraussetzung erklärt, daß die grundsätzlichen Belange der Bayerischen Volkspartei von der Reichsregierung gewahrt werden.

Inzwischen hat der Herr Reichspräsident die durch das Reichsministergezet vorgeschriebene Vereidigung der neuernannten Mitglieder der Reichsregierung, des Reichsministers der Justiz Dr. Voel und des Reichswirtschaftsministers Dr. Warmbold, vorgenommen.

Abänderungsanträge der Bayerischen Volkspartei.

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei hat beschlossen, Abänderungsanträge von grundsätzlicher Bedeutung zur Notverordnung zu stellen. Von dem Schicksal dieser Anträge wird die endgültige Stellungnahme der Reichstagsfraktion zu der Notverordnung überhaupt abhängen.

Volkspartei gegen Brüning.

Keine Unterstützung des Reichskabinetts.

Die Parteistimmen der Deutschen Volkspartei haben die ablehnende Haltung ihres Parteiführers Dr. Dingeldey gegenüber dem zweiten Kabinett Brüning gutgeheißen. Nachdem am Freitagabend der Parteivorstand getagt hatte, trat am Sonnabend der Reichtsausschuß zu einer Aussprache über die politische Lage zusammen.

Nach einem einleitenden Vortrag des Parteivorstehenden Dr. Dingeldey wurde vom Parteivorstand und Reichtsausschuß übereinstimmend mit starker Mehrheit ein Beschluß gefaßt, der die Erklärung des Parteiführers gegenüber dem Reichskanzler billigt. Diese im Beschluß erwähnte Erklärung ging, wie die Nationalliberale Korrespondenz mitteilt, dahin, daß die Deutsche Volkspartei ein Reichskabinett auf der Grundlage der früheren Regierung nicht unterstützen könne.

Die Reichstagsfraktion hat sich dem Beschluß des Parteivorstandes und des Reichtsausschusses angeschlossen. Wie weiter verlautet, ist es im Reichtsausschuß zu einem heftigen Konflikt zwischen dem die Minderheit vertretenden preußischen Landtagsabgeordneten von Cynern und der Mehrheit wegen der Frage der Unterstützung oder Nichtunterstützung des Kabinetts Brüning gekommen. Die Auseinandersetzungen hatten zur Folge, daß Abgeordnete von Cynern sofort seinen Austritt aus der Deutschen Volkspartei erklärte und gleichzeitig mitteilte, daß er auch sein Landtagsmandat niederlegen werde. Von Cynern ist auch Vizepräsident des Preussischen Landtages.

Hitler bei Hindenburg.

Aussprache über die Ziele der nationalsozialistischen Bewegung.

— Berlin, 12. Oktober.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, und den Reichstagsabgeordneten Göring zu einer Aussprache. Die Besprechungen dauerten etwa 1 1/2 Stunden. Es ist das erste Mal, daß Hindenburg und Hitler eine persönliche Begegnung hatten. Ueber den Inhalt der Aussprache wird von beiden Seiten Stillschweigen bewahrt. Auch die amtliche Mitteilung über den Empfang ist nur kurz und besagt lediglich:

Der Reichspräsident empfing die Herren Adolf Hitler und Reichstagsabgeordneten Hauptmann a. D. Göring und nahm von ihnen einen ausführlichen Bericht über die Ziele der nationalsozialistischen Bewegung entgegen. Hieran schloß sich eine Aussprache über innen- und außenpolitische Fragen.

Da der Empfang Hitlers durch den Reichspräsidenten in der Öffentlichkeit bekannt geworden war, hatte sich vor dem Reichspräsidentenpalais eine größere Zuschauermenge eingefunden, darunter viele Nationalsozialisten. Die Polizei, die verhältnismäßig schwach zur Stelle war, nahm Abwehrungen vor und sperrte auch den Bürgersteig durch Seile von dem Fahrdamm ab. Der Verkehr wurde in vollem Umfange aufrechterhalten. Die Sicherheitsmaßnahmen wurden von Offizieren überwacht. Als der Kraftwagen Hitlers gestoppt wurde, begrüßten die Nationalsozialisten ihren Parteiführer mit Heulrufen. Auf den Stufen des Präsidienpalais begrüßte Hitler die Begrüßungen mit dem Fächeltengruß. Kurz vor der Rückkehr Hitlers von Hindenburg entstand unter den Photographen Unruhe. Wie es heißt, hatte ein Polizeioffizier den Photographen weitere Aufnahmen untersagt.

— Japanische Flieger haben abermals die Stadt Kinnshau bombardiert und die Eisenbahnkreuzung völlig zerstört.

macht sie elend und unglücklich. Wenn aber die lichten, lebenspendenden Strahlen wieder hervorbrechen, fühlen sie neue Kräfte durch ihre Glieder strömen und wie ein Leuchten geht es über ihr Antlitz. So wirken Sonnenstrahlen Wunder. Keiner ist so alt, daß er sich nicht verjüngt fühlte und keiner so krank, daß er nicht neuen Mut verspürte, wenn sie im Frühjahr mit neuer Kraft zur Erde fallen. Und wie richtet sich auf seinem Schmerzenslager der Kranke empor, sehnfüchtig und verlangend, wenn ein wenig Sonnenschein über seine Bettdecke zittert, wie glänzt sein heißes Fieberauge hoffnungsfroh und verklärt, wenn ein Strahl der Sonne es trifft.

Sonnenstrahlen geben neue Hoffnung, neue Freude! Ich sah einmal ein Bild, das einen tiefen Eindruck auf mich machte. In kahler über Zelle zeigte es einen Gefangenen, der sich krampfhaft an den Gitterstäben des kleinen Fensters emporzog. Was gab es dort zu sehen; wollte er etwa einen Blick auf die belebte Straße tun? — O nein! Dort oben an der Fensterwölbung hatte sich ein winziger Sonnenstrahl durchgezwängt, mit goldenem Schein überzog er die schwarzen Eisenstäbe und das altergraue Mauerwerk, und die Augen des Gefangenen, weit waren sie geöffnet und Sehnsucht und Verlangen spiegelten sich in ihnen, tranken in vollen Zügen diesen lichten Glanz.

Sonnenstrahlen geben Trost und Kraft. Sie erfreuen und erquicken uns, sie sind wie ein Gruß des heiligen Gottes aus einer anderen Welt. Wenn Not und Sorge uns erfüllen, wenn das Dunkel des Lebens uns umschattet, stets wird es lichter um uns, wenn sie hervorbrechen und mit Kraft und Wärme unser Dasein verklären. Sie sind wie himmlische Lichtvögel, die uns auf goldigen Schwingen aufwärts tragen, empor zum Licht. Und wie den mutigen Bergsteiger, der den höchsten Gipfel des Gebirges glücklich erklommen hat, der erste Strahl der Morgensonne grüßt, wenn tief zu seinen Füßen die Erde noch im Dunkel und Schatten der Nacht liegt, so dürfen auch wir den wärmenden Sonnenstrahlen unsere Herzen öffnen und uns von ihnen emportragen lassen, tief unter uns die Nöte und Sorgen des Lebens versinken sehen. Auf soniger Höhe, gleichsam hinweg gerückt von der Erde, dürfen wir wandeln; uns grüßt die heilige göttliche Sonne, und in ihren Strahlen ist das Leben so schön, ach so wund-

Volkspartei hat von grundsätzlichen. Von dem Stellungnahme überhaupt ab-

ing.
netts.

Volkspartei haben es Dr. Din-Brüning gutge-erteilte Vorstand ge-schloß zu einer en.

artelvorsitzenden und Reichsaus-ist ein Befehl gegenüber dem ihm die Erklärung mitteilt, dahin, binnet auf der unter fügen

dem Beschluß es angehängt. schloß zu einem er vertreten den n e r n und der g oder Richtun-ten. Die Aus-geordnete von eutschen Volks-er auch sein ynnern ist auch

urg.

sozialistischen

12. Oktober.

ng den Führer den Reichstags-De Beisprechun-erstmal, daß regnung hatten. beiden Seiten Mitteilung über ich:

n Adolf Hitler D. Göring und über die Ziele a. Hieran schloß stliche Fragen. reichspräsidenten hatte sich vor Aufnahmehöhe Die Polizei, nahm Wipser-ig durch Seile rde in vollem nnahmen wur-imagens Hitlers zialisten ihren des Präsidien- mit dem Fa- von Hindenburg. Wie es heißt, weitere Aufnah-

die Stadt Kin- blickt gerührt.

der die lichten, brechen, fühlen und wie ein rken Sonnen- sich nicht ver-cht neuen Mut uer Kraft zur n Schmerzens- d verlangend, Bettdecke zit- nungsfroh und ifft.

neue Freude! n Eindruck auf s einen Gesan-äben des klei- u sehen; wollte rache tun? — hatte sich ein mit goldigem e und das als s Gefangenen, und Verlangen Zügen diesen

Sie erfreuen s heiligen Got- und Sorge uns ns umschattet, vordringen und ären. Sie sind idigen Schwin- d wie den mu- des Gebirges der Morgen- Erde noch im rfen auch wir nstrahlen dienste tun könnest. Willst du es? Dann säume nicht länger, sondern fange an, gleich heute noch, und du wirst erfahren, daß von dem Lichte, das du dem Leben zeimes Nächsten geben darfst, ein seliger Widerschein in dein Herz zurückflutet und dich froh und glücklich macht.

Der Aufmarsch in Harzburg.

Rechtsfront geschlossen gegen Reichsregierung.

Das Städtchen Harzburg stand am Sonntag im Zeichen der Tagung der Rechtsopposition. Die Beteiligung war sehr stark und erstreckte sich außer auf die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und dem Stahlhelm auf führende Persönlichkeiten des Reichslandbundes und eine Anzahl bekannter Wirtschaftler, unter denen das rheinisch-westfälische Industriegebiet besonders stark vertreten war. Von der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei war dagegen nur Generaloberst von Seede anwesend. Von der Wirtschaftspartei sah man den Abgeordneten Sachsenberg.

Das sachliche Ergebnis der gemeinsamen Besprechungen, mit denen die Hauptkundgebung vom Sonntag nachmittag vorbereitet wurde, ist in

vier Anträgen

zu sehen, die die Fraktionen der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen und außerdem die drei früheren Abgeordneten der Landvolkspartei im Reichstag einbringen werden.

Ihr erster Antrag lautet „Der Reichstag entzieht der Reichsregierung das Vertrauen“, der zweite „Der Reichspräsident wird ersucht, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auf Sonntag, den 8. November anzuberaumen“. Der dritte Antrag bezweckt die Aufhebeschaffung der Notverordnungen, der vierte verlangt, daß die Zahlung der Polizeikostenzuschüsse an Preußen mit dem 31. Oktober eingestellt wird.

Diese vereinbarten Anträge werden aber von jeder Gruppe für sich eingebracht; damit wird ihre organisatorische Selbstständigkeit betont. In allen Erklärungen, die in den einzelnen Fraktionsitzungen und in der gemeinsamen Konferenz abgegeben wurden, wurde die Bereitschaft zur loyalen Zusammenarbeit und zur Weiterverfolgung der bisherigen gemeinsamen Taktik auch im Reichstage betont, dabei wurde aber gleichzeitig die Selbstständigkeit in der Zielsetzung unterstrichen.

Geheimrat Eugenber, der die Versammlung eröffnete, konnte sich erst nach erneuten langen stürmischen Heilrufen das Wort verschaffen. Er erteilte zunächst dem Ministerpräsidenten des Landes Braunschweig, Dr. Rüchenthal, das Wort. Dieser begrüßte die Vertreter der nationalen Opposition namens des braunschweigischen Staatsministeriums auf das herzlichste. Wer den heutigen Aufmarsch der nationalen Opposition in Bad Harzburg beobachtet, werde mit großer Genugtuung feststellen müssen, daß sich im deutschen Volke gewaltige in ihrem Siegeslauf nicht aufzuhaltende Kräfte regten. Möge der Tag nicht fern sei, an dem das gesamte deutsche Volk erkennt, daß die Arbeit der nationalen Parteien und Verbände, die sich heute noch die nationale Opposition nennen, den Wiederaufstieg des deutschen Vaterlandes vorbereiten und daß die heutige Arbeit und Tagung dem gesamten deutschen Vaterlande dient, Deutschlands Jugend und Deutschlands Zukunft.

In einer von der nationalen Front in Bad Harzburg angenommenen gemeinsamen Entschließung wird der Rücktritt der Regierungen Brüning und Braun, Neuwahl des Reichstages und des Preussischen Landtages, Bruch mit der Notverordnungs- und Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit und Rüstungsausgleich und Uebergabe der Regierungsgewalt an die nationale Opposition gefordert.

Wir bringen nachstehend von der Harzburger Tagung, deren Höhepunkt in einer großen Kundgebung im Kur-

derschön. Und in uns wird sich ein Feuer entzünden, eine innere Herzenssonne wird uns leuchten und führen in alle Dunkelheiten des Lebens. Licht wird es sein, in uns und um uns. Sonnenmenschen sind glückliche Menschen; weiltorn und mit verklärten Augen schreiten sie durch diese Erdentage.

„Hab Sonne im Herzen“, — möchten wir das mehr beherzigen, trotz der Schwere der Zeit, dann würde auch das Leben viel leichter sein, aber nicht nur für uns, sondern auch für unsere Mitmenschen. Ja, wir alle würden Licht- und Freudenbringer werden. Wir würden göttliche Dienste tun und unserem Nächsten und Bruder ein Sonnenstrahl sein und dessen Leben, das noch viel schwerer ist als das unsere, ein wenig erhellen.

Aber wie kann ich das, wie kann ich ein solcher Sonnenstrahl werden, fragt du? —

Siehe, dein Bruder liegt schon lange krank und will an Gottes Vatergüte fast verzweifeln. Geh zu ihm, vielleicht an einem stillen Sonntag nachmittag, setze dich an sein Lager, reich ihm deine Hand und sprich tröstende Worte zu ihm. Sage ihm, daß auch seine lange schwere Krankheit ein Führer zur Ewigkeit sein will, daß auch seine Leiden dazu dienen müssen, Gottes Namen zu verherrlichen. Still wird es dann in ihm werden, und süßer Friede wird durch seine Seele ziehen. Du aber warst der Sonnenstrahl, der die Wogen in seinem Inneren glättete und selige Stille schuf. — Dort ist ein Nachbar, dem das Leben besonders schwer zugesetzt hat. Wirtschaftliche Sorgen und Nöte drücken ihn und verdunkeln seinen Blick, so daß seine Augen es verlernt haben, zu den ewigen Bergen aufzuschauen, von welchen die Hilfe kommt. Geh auch zu ihm, sprich freundliche Worte, Worte des Verstehens und des Mitleids zu ihm, weise ihn auf die ewige Liebe hin, die uns nie verläßt, ob auch die Stürme toben, und du wirst, wie ein lichter Sonnenstrahl, auch sein Leben erhellen. —

So wären unzählige Beispiele anzuführen, wo du Sonnenstrahlendienste tun könnest. Willst du es? Dann säume nicht länger, sondern fange an, gleich heute noch, und du wirst erfahren, daß von dem Lichte, das du dem Leben deines Nächsten geben darfst, ein seliger Widerschein in dein Herz zurückflutet und dich froh und glücklich macht.

F. S.

haus bestand, Auszüge aus den Reden der führenden Männer der Rechtsopposition.

Eugenberg:

„Wir sind ungeduldig nach Rettung des Volkes!“

Eugenberg führte aus: Hier ist heute die Mehrheit des deutschen Volkes. Sie ruft den regierenden Parteien zu: Es ist eine neue Welt im Aufstieg — wir wollen Euch nicht mehr! Aus diesem Volke, das in hellen Scharen hinter dieser Versammlung steht, wird ein neues, wahreres und jüngeres Deutschland wachsen. Aus dieser Gemeinschaft heraus wird, wenn es Zeit ist, die Parole für die Reichspräsidentenwahl ausgegeben werden. Die bisherigen Gewalttäter hinterlassen Berge von Sünden und Scherben. Was Arbeitslosigkeit der industriellen Völker heißt, weiß jetzt die ganze Erde. Ihr wird der erste große Kampf der regierenden nationalen Opposition gelten. Jeder Blick in die Zukunft hat dem Kabinett Brüning gefehlt. Es hat jede Gelegenheit verpaßt, es hat bis heute nicht einmal begriffen: Die Initiative zur Rettung kommt Deutschland zu. Der Wahn mit doppeltem Gesicht: Internationaler Marxismus und eigentlich erst aus seinen Konstruktionen zur Wirklichkeit gewordener internationaler Kapitalismus, dieser Wahn bricht jetzt in der Weltwirtschaftskrise und der davon scharf zu unterscheidenden deutschen Krise zusammen. Da gibt es keinen Mittelweg und keine Konzentration widerstrebender Kräfte. Da gibt es nur ein Entweder-Oder. Braun und Severing sind bestenfalls die deutschen Kerenskiis, niemals deutsche Mac Donalds. Darum hilft auch dem Zentrum und dem Kabinett Brüning sein neuestes Manöver der Ausschiffung von einigen Ministern nichts. Das Bezeichnende ist, wieviel und welche Persönlichkeiten es abgelehnt haben, dem Rufe in dieses Kabinett zu folgen. Aber um unseres Volkes willen haben wir keine Zeit mehr, geduldig zu sein. Man glaube nicht, daß wir ungeduldig nach Ministerfesseln oder persönlicher Macht, oder Vonzentum seien. Wir sind nur ungeduldig nach Rettung des Volkes. Wer solche von uns erwartet oder sie selbst nicht leisten kann, mag uns auch die Nacht dazu gönnen. Insbesondere die Nacht in Preußen.

Der französische Ministerpräsident fährt nächster Tage nach Amerika. Er möchte das Goldland Amerika und das Goldland Frankreich zusammenknüpfen und Amerika seine Abrüstungsorderungen ausreden. Amerika wird zu klug dazu sein. Das Goldland Frankreich ist zugleich Europas in Waffen starrerender politischer Gläubiger. Da Amerika jetzt — ganz anders als Frankreich — das größte Industrieland der Welt ist, geht sein wirkliches Interesse dahin, seinen nationalen Kapitalismus stark und sein weißes Volk einig zu erhalten. Zu dem Zwecke müßte es — alles auf rein wirtschaftliche Formeln gebracht — helfen, den alles zerrüttenden internationalen Kapitalismus abzubauen — gegen Frankreich, mit England und Deutschland und den übrigen Völkern.

Hitler:

„Niemand wünscht den Frieden mehr als wir!“

Der Führer der nationalsozialistischen Partei, Adolf Hitler, führte u. a. in seiner Rede auf der Harzburger Tagung aus:

„Wir gehen einer Zeit entgegen, in der wir mit dem heutigen deutschen Volk unterliegen müssen. Ich kenne den schönen Gedanken: Wir müssen uns in Genuß unterwerfen, weil wir zu Hause keine Kraft besitzen! Wir dürfen keine nationale Stärke entwickeln, weil wir sonst nicht die Politik der Verständigung führen können! Doch wir gehen einer Zeit entgegen, die mit Völkern aufräumen wird, die mit solcher Schwäche versuchen wollen, ihre Existenz in der Welt zu vertreten. Niemand wünscht den Frieden mehr als wir. Niemand kann den Krieg entschließen finden als wir, die wir ihn erlebt haben. Aber ich bin überzeugt, daß, wenn im harten Wettkampf die Interessen der Welt sich gegenseitig kreuzen, kein Volk verzichtet wird, das Gewicht seiner Kräfte in die Waagschale zu werfen. Kein Staatsmann aber kann den Frieden im Zustand der Wehrlosigkeit erhalten. Daher wünschen wir von der anderen Welt nichts anderes, als die Anerkennung als gleichberechtigte Nation, wissen aber auch, daß diese Anerkennung nicht in Genuß erschötchen wird, sondern in den deutschen Landen. Wir können nicht denen folgen, die sagen, Deutschland ist zerrissen, hier ist Volksweltismus, hier ist Nationalismus. Wehe, wenn in Deutschland zu seiner konfessionellen Spaltung auch noch eine ewig dauernde politische kommt. Es muß in Deutschland entweder der Kommunismus regieren, oder der Nationalismus. Es muß in Deutschland ein Kampf um die Seele des einzelnen beginnen, ein Ringen um jeden Menschen. Wenn der Gegner dem Geiste den Terror entgegensetzt, dann wollen wir auch dafür nicht verzagen. Wir hoffen, daß die Zeit kommt, schneller vielleicht, als wir ahnen, daß wir ganz legal das aktive Notwehrrecht derer wieder herstellen können, die niemals an Kampf, an Angriff, an Ueberfall gedacht haben, sondern immer nur an einen Gedanken: an Deutschland. In diesem Gedanken allerdings sich wehren gegen jeden, der die Vertretung dieses Ideals mit Gewalt zu verhindern versucht. Es ist denkbar, daß Deutschland kommunistisch regiert wird, es ist sicher, daß es nationalistisch regiert werden kann. Es ist unmöglich, daß es ein Deutschland gibt, bei dem eine Hälfte kommunistisch, die andere nationalistisch denkt. Hier muß die Entscheidung gesucht und herbeigeführt werden. Das ist die größte Aufgabe, die uns die Zeit gestellt hat. Heute

müssen wir über die negative Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten hinausgehen und zum aktiven Kampf schreiten. Dazu sind wir entschlossen!“

Hitlers Rede wurde von der Versammlung mit anhaltenden stürmischen Heilrufen aufgenommen.

Selbte:

„Wir wollen keinen neuen Krieg!“

Der Bundesführer des Stahlhelms, Selbte, führte u. a. aus:

„Möge diese Tagung zu einem Wendepunkt werden. Wir wollen keinen neuen Krieg, weil wir ihn kennen. Aber wir wollen innere und äußere Freiheit Deutschlands. In voller Verantwortung und Erkenntnis fordert die nationale Opposition in dieser historischen Stunde die Führung in Deutschland. Aus der Einigkeit der hier zusammengetretenen nationalen Opposition, die nach Volktes Wort auf getrennten Wegen vorwärts marschiert, werden wir nach gemeinsamem Plan vereint schlagen und vereint siegen.“

Düsterberg:

„Wir wollen Verständigung, aber keine Unterwerfung!“

Oberstleutnant Düsterberg forderte hierauf Gleichberechtigung für Deutschland auf dem Gebiete der Wehrhoheit. Die Ohnmacht des Völkerbundes hat sich soeben beim Einmarsch der Japaner in die chinesische Mandchurie erneut erwiesen. Deutschlands Schutz steht auf dem Papier, Deutschlands Sicherheit ist vom guten Willen anderer Staaten abhängig. Für eine Großmacht ein unwürdiger Zustand. Wir wollen keinen neuen Krieg, wir wollen einen neuen Frieden. Wir wollen Verständigung, aber keine Unterwerfung! Deutschlands Armut und Friedenswille lassen ein Wetrüsten nicht zu. Im Rahmen des Möglichen aber will Deutschland selbst im eigenen Lande nach eigenem Ermessen die Maßnahmen durchführen, die Deutschlands Sicherheit und Landesverteidigung benötigen. Wir sind der Ansicht, daß die deutsche Gleichberechtigung vor der Genfer Konferenz gesichert sein muß, weil sonst das Scheitern der Tagung Deutschland zur Last gelegt wird.

Schacht:

„Uns hilft kein Auslandskredit!“

Nachdem Graf von Helldorff im Namen des Reichslandbundes gefordert hatte, daß endlich mit der Politik des Lavierens und der halben Maßnahmen aufgeräumt werden müsse, äußerte sich Reichsbankpräsident a. D. Dr. Schacht über die Frage eines nationalen Wirtschaftsprogramms. Er führte u. a. aus: Die deutsche Wirtschaft hat an dem Enderfolg der nationalen Bewegung das brennendste Interesse. Was unter dem bisherigen Nachkriegssystem an wirtschaftlicher Substanz, wie an wirtschaftlichen Möglichkeiten vergeudet worden ist, das läßt jetzt auch die produktiv gerichtete Wirtschaft, verzweifelt nach Errettung von diesem System verlangen. Schwerer, als diese erschütternden Tatsachen wiegen die falschen inneren Grundlagen des jetzigen Systems. Selbst wenn ein nicht zu erwartender äußerer Glücksfall eine wirtschaftliche Belebung und damit eine äußere Erleichterung bringen könnte — anhaften würde diesem System nach wie vor seine Unfähigkeit, seine Rechtsunsicherheit und sein Mangel an Handlungsfähigkeit. Wie oft sind die wahren Zustände objektiv unrichtig dargestellt worden. Man übersieht, daß die Unwahrscheinlichkeit der schlechtesten Werber für Vertrauen ist, im Inland wie im Ausland. Es wird uns immer gesagt, wir möchten doch einmal mit einem Programm herauskommen, wie es denn besser zu machen sei. Die Gesundung Deutschlands ist aber nicht eine Frage von einzelnen Programmpunkten, ist nicht eine Frage der Intelligenz, sondern ist eine Frage des Charakters. Die Wiederherstellung einer dauernden Rechtssicherheit, die Aufrichtigkeit in allen Fragen des öffentlichen Lebens und der Wille zum eigenen Handeln sind das Entscheidende. Es bedarf einer grundsätzlichen Umstellung in unserem Volke dahingehend, daß jeder einzelne, wo immer im Produktionsprozeß er steht, verantwortlich ist für den Erfolg des ganzen. Uns hilft kein Zauberkunststück, kein Geldbrücken und kein Auslandskredit. Das Programm, das eine nationale Regierung durchzuführen haben wird, beruht auf einigen ganz wenigen Grundgedanken. Es ist das Programm Friedrichs des Großen nach dem siebenjährigen Kriege: sich tief auf die heimische Wirtschaft stellen und aus dem heimischen Boden herausheben, was nur irgend herauszuheben ist, und im übrigen sich für eine Generation bescheiden, sparen und arbeiten! Dazu gehört nichts als Charakter, als Selbstvertrauen und Gottvertrauen!

Das Manifest Hitlers.

Adolf Hitler sprach den Angehörigen seiner Partei seinen Dank aus für die Arbeit und die Opfer, die sie in 12 Jahren nationalsozialistischer Bewegung gebracht hätten, und verlas dann ein Manifest, in dem es u. a. heißt:

„Im harten Kampf um das Dasein der Völker bleibt Deutschland mehr und mehr zurück. Vor der ganzen Welt erheben wir gegen die bisherigen deutschen Regierungen, und besonders gegen die derzeitige Reichsregierung, die feierliche Anklage, daß sie durch das Verfümen einer pflichtgemäßen, wahrheitsgetreuen Aufklärung über die furchtbare innere Lage Deutschlands in erster Linie mit-schuldig sind an einer Katastrophe, die heute in ihrer zwangsläufigen Auswirkung alle Kulturnationen bedroht. Wir werfen der heutigen Regierung vor, daß sie ohne jedes klare Ziel in Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik den Zustand einer maßlosen Verwirrung teils selbst ange-richtet, teils erhalten und begünstigt hat und ersichtlich überhaupt keinen klaren Gedanken über irgendeinen

Rettenweg aus unserer Not besitzt. Wir sehen die Möglichkeit der Rettung der deutschen Nation nur in einem gigantischen Appell an die in uns selbst vorhandene Kraft. Feierlich erheben wir Protest gegen die weitere Aufrechterhaltung des sogenannten Friedensvertrages von Versailles, der nicht nur unser deutsches Volk zerstört, sondern in zwangsläufiger Folge die ganze Welt in einen Zustand ewiger Unruhe und Unsicherheit versetzen muß. Die von uns allen gewünschte Zusammenarbeit der zivilisierten Nationen zur Behebung der schweren internationalen Schäden ist solange undenkbar, als die Welt durch diesen Vertrag in zwei feindselige Hälften zerrissen ist. Der Kampf gegen die bolschewistische Zerstörung aller bestehenden menschlichen Gemeinschaft setzt eine aufrichtige Aufhebung aller derjenigen Nationen voraus, die vor allem im Interesse ihrer hand- und kopfarbeitenden Menschen den sozial grauenhaften Zustand des bolschewistischen Sklavenstaates vermeiden wollen. Nachdem Hitler darauf hingewiesen hatte, daß die Regierung Brüning und jede ihr wesensverwandte Regierung in den Ländern nicht das Vertrauen der nationalen Opposition besitzt, forderte er die Uebergabe der Macht an die Opposition.

Pariser Eindrücke von der Harzburger Tagung.

Paris, 12. Oktober. Die Pariser Abendpresse läßt sich von ihren Sonderkorrespondenten mehr oder weniger eingehend über die Harzburger Tagung berichten. Vorläufig beschränken sich die Meldungen im wesentlichen auf das äußere Bild, doch lassen die Ueberschriften eine gewisse Beunruhigung erkennen. Die „Liberté“ spricht von einer „dramatischen“ Koalition der nationalen Kräfte. In anderen Blättern heißt es, daß diese Versammlung eine große Gefahr für das neue Kabinett Brüning darstelle. Im übrigen wird betont, daß Reichspräsident von Hindenburg für die Auflösung des Reichstages im Falle eines Mißtrauensvotums nicht zu haben sei, da er die parlamentarische Grundlage nicht erschüttern wolle. Wenn das Kabinett Brüning gestürzt werden sollte, werde sich der Reichspräsident vermutlich an Dr. Eugen Berg wenden. Der „Intransigant“ fügt hinzu, daß diese Möglichkeit von schicksalsschwerer Bedeutung sein würde, da eine Regierung der äußersten Rechten Deutschland mit Sicherheit die Unterstützung des Auslandes (lies: Frankreichs) entziehen werde.

Ein Nationalsozialist in Berlin erschossen.

Berlin, 12. Oktober. In der Nacht zum Sonntag ist es in Lichtenberg zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten gekommen. Hierbei wurde der ehemalige Postauswärtiger Kurt Nowack durch einen Brustschuß tödlich verletzt. Nowack soll bis vor kurzem Mitglied der NSDAP gewesen sein. Bei dem Getöteten wurden 30 Schuß Munition gefunden. Zwei an der Schießerei Beteiligte sind verhaftet worden, von denen einer bereits ein Geständnis abgelegt hat.

China fordert Räumung.

Zwei ultimative Forderungen an Japan.

Genf, 12. Oktober.

Im Völkerbundsekretariat ist eine neue Note der chinesischen Regierung eingegangen, die beweist, daß der Konflikt in der Mandschurei sich immer mehr zuspitzt.

Die Note enthält bestimmte Forderungen der chinesischen Regierung an die japanische Regierung. Die chinesische Regierung erklärt in ihrer Note, daß sie am 6. Oktober der japanischen Regierung Vertreter für die Uebernahme der Verantwortlichkeiten, die gemäß dem Beschluß des Völkerbundes vom 30. September geräumt werden sollten, benannt und die japanische Regierung gebeten habe, dem militärischen Befehlshaber in der Mandschurei entsprechende Anweisungen zu geben. Die japanische Regierung habe der chinesischen Regierung bis jetzt hierauf keine Antwort erteilt. Die chinesische Regierung habe daraufhin am 9. Oktober ihren Gesandten in Tokio beauftragt, der japanischen Regierung folgende Forderungen zu unterbreiten:

1. Daß die japanische Regierung sofort mitteile, welche Orte im Laufe der Woche zurückgegeben sein würden.
2. Daß noch im Laufe des Tages Tokio telegraphische Anweisungen an die militärischen Befehlshaber gebe, damit China sofort die Gebiete wieder übernehmen könne.

Die chinesische Regierung teilt im übrigen mit, daß sie von dem Inhalt ihrer Forderungen die sämtlichen Rat-

mitglieder und die Regierung der Vereinigten Staaten verständigt habe.

Japan lehnt Völkerbund ab.

Wie Reuter aus Tokio meldet, lehnt Japan das Eingreifen des Völkerbundes ab, weil es der Auffassung ist, daß der Völkerbund keine genügende Kenntnis der geschichtlichen Zusammenhänge der mandchurischen Frage habe. Anschließend stimmen Regierung und Heer in der Frage der Berechtigung der japanischen Forderungen überein, sind aber hinsichtlich der Methoden verschiedener Ansicht. Der Regierung ist die Beschließung eines Ratschusses sehr unangelegen gekommen. Die japanischen Militärbehörden erklären, sie würden eine Wiedereinführung des chinesischen Gouverneurs Tschanghsueiangs nicht zulassen.

Amerika wird energisch.

Die Regierung der Vereinigten Staaten beabsichtigt, in der mandchurischen Frage einen Schritt zu unternehmen, so bald sie sich davon überzeugt haben wird, daß die von Japan und China gegenüber dem Völkerbund eingegangenen Verpflichtungen nicht eingehalten worden sind.

„Die ernsteste Probe seit Gründung des Völkerbundes.“

Das Pariser „Journal“ bezeichnet es als sicher, daß Außenminister Briand am Montag in Begleitung seines Kabinettschefs Leger nach Genf abreisen werde. Seine Anwesenheit sei um so notwendiger, als der chinesisch-japanische Konflikt die ernsteste Probe darstelle, die der Völkerbund seit seiner Gründung zu bestehen habe.

Der Krieg im Osten geht weiter.

Kein Abbruch

der japanischen Operation in der Mandschurei.

Tokio, 11. Oktober. Am Sonntag trat das japanische Kabinett zu einer Beratung über die politische Lage zusammen. An der Sitzung nahmen auch die Chefs des japanischen Generalstabes und des Admiralstabes teil. Der japanische Kriegsminister erstattete über die Lage in der Mandschurei Bericht und erklärte, die militärischen Operationen könnten in diesem Augenblick unter keinen Umständen abgebrochen werden. Wie verlautet, wird die japanische Regierung die Beschlüsse des Völkerbundes ablehnen.

Ueberfluß und Not.

Es sieht in der Weltwirtschaft vollständig verdreht und böse aus. Drei Eisenbahnwagen tschechischer Gurken, die in Wien nicht abgesetzt werden konnten, wurden in die Donau geworfen. In den Vereinigten Staaten jammert man über die überreiche Baumvollernte und macht den Vorschlag, ein Drittel der Ernte zu unterpfänden und dadurch zu vernichten. In Brasilien ist in einem Monat so viel Kaffee vernichtet worden, wie die Schweiz in einem Jahr verbraucht; in Oklahoma und Texas werden Truppen aufgebieten, um die Deltürme still zu legen, damit die Preise wieder anziehen. Auf der Insel Ceylon wurden von jeder Teepflanze statt drei nur zwei Blätter gepflückt und so die Ernte um 75 Millionen Pfund verringert.

Aber in China sterben Hunderttausende am Hunger und in fast allen Ländern macht sich Mangel und Entbehrung breit. Weil das Geld fehlt, müssen die Lebensmittel verkauft und die Hungernden verderben.

Von Landwirtschaftskreisen, auch von Landfrauen in Deutschland, hört man oft die Klage: „Wir können vieles, was Garten und Feld liefert, gar nicht los werden. Uns verdirbt das Obst, wir wissen nicht, wohin mit Kohl und Mohrrüben. Die Preise sind so billig, daß es sich nicht lohnt, nach der Stadt zu fahren und die Mühe des Verkaufens auf sich zu nehmen.“ Aber dann weiß man auch, daß es in der Stadt viele Kinder gibt, die trotz der billigen Preise kein Obst essen können, und viele Frauen, die auch das billige Gemüse nicht kaufen können. Kann man nicht einen Ausgleich schaffen, daß der Landwirt, der doch auf den Gewinn verzichten muß, sein Obst und Gemüse doch zur Stadt fährt und es im Rahmen der Winterhilfe einer hungernden Familie oder irgend einem Wohlfahrtsverein zur Verfügung stellt? Das ist nicht einmal ein Opfer, sondern man gibt ja nur vom Ueberfluß, der sonst nicht verwertet würde und doch für viele Hilfe und Freude sein kann.

Wann wird endlich nicht das Geld, sondern der Mensch in den Mittelpunkt des Lebens gestellt? Wann wird die Lösung wieder heißen: „Deckt mit Eurem Ueberfluß den Mangel der Armen“, statt wie sie heute verkündet wird: „Zerstört, was ihr nicht verkaufen könnt“.

Der Verbrecher von Via Torbagg verhaftet

— Wien, 12. Oktober.

Auf eine Anzeige der Budapester Oberstadthauptmannschaft verhaftete die Wiener Polizei den in Wien wohnenden ungarischen Kaufmann Matuszka, da er im Verdacht steht, den Eisenbahnanschlag bei Via Torbagg verübt zu haben. Es konnte festgestellt werden, daß Matuszka vor einiger Zeit 10 Kilogramm Kräft und Sprengstoff gekauft hatte. Der Verhaftete, der die Tat leugnet, gibt an, daß er die Sprengmaterialien zum Umlegen eines Schornsteins seiner Fabrik angekauft und später weggeworfen habe.

Verschiedenes.

Gemeindepolitische Tagung des Christlich-soz. Volksdienstes. Am Samstag, den 24. und Sonntag, den 25. Oktober soll in Stuttgart eine gemeindepolitische Tagung des Christlich-sozialen Volksdienstes abgehalten werden.

Beginn: Samstag abends um 8 Uhr. Es werden sprechen Bürgermeister Stelzner von Neustadt b. Coburg über „Brennende Fragen der Gemeindepolitik“, Stadtrat Staeger, Stuttgart über „Öffentliche und private Fürsorge“, ein weiteres Referat über „Die neuen Reichssteuergeetze und ihre Auswirkung auf die Gemeinden“ ist in Aussicht genommen. Ferner soll über die Frage der Zusammenarbeit der vom Christlich-sozialen Volksdienst gewählten Gemeindevertreter eine Aussprache erfolgen. Am Sonntag abend werden die Besucher der Tagung an einem Familienabend der Ortsgruppe Stuttgart teilnehmen.

Zur Teilnahme werden zunächst unsere Gemeindevertreter, dann aber sämtliche Freunde des Christlich-sozialen Volksdienstes, die sich für gemeindepolitische Fragen interessieren, herzlich eingeladen. Anmeldungen sind sofort zu richten an Stadtrat Staeger, Stuttgart-Bohnang, Hummelberg 10.

Aus der Westfälischen Frauenhilfe. In der letzten Provinzial-Vorstandssitzung der Westfälischen Frauenhilfe legte der bisherige 1. Vorsitzende, Generalsuperintendent i. R. D. Zöllner das Amt nieder, da er nicht mehr in der Provinz ansässig ist. 25 Jahre hindurch hat D. Zöllner dieses Amt in der Westfäl. Frauenhilfe als der erste Führer und Wegbereiter inne gehabt. Wenn die Westf. Frauenhilfe heute die größte Frauenhilfsorganisation in der deutschen evangel. Kirche ist, so verdankt sie das vor allem auch dem tatkräftigen, unermüdbaren Wirken ihres bisherigen 1. Vorsitzenden. So ist es zu verstehen, wenn der Vorstand und mit ihm die ganze Westfälische Frauenhilfe die Amtsniederlegung D. Zöllners schmerzlich empfindet. Um aber die Möglichkeit einer weiteren dauern. Beziehung herzustellen, ernannte der Vorstand D. Zöllner zum Ehrenvorsitzenden. Sodann wurde mit großer Freude Generalsuperintendent Weirich die Nachfolgerschaft D. Zöllners übertragen. Der neue erste Vorsitzende ist in der Rheinischen Frauenhilfe viele Jahre im Vorstand gewesen und hat den bedeutenden Kreisverband Barmen 15 Jahre hindurch geleitet. Die Westfälische Frauenhilfe hat in ihm ohne Zweifel den geeigneten Nachfolger D. Zöllners gefunden, ein Mann, der in der Frauenhilfsarbeit von Grund auf zu Hause ist.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer.

Heute, Montag, Teilnahme am Evangelischen Abend in der Ausstellungshallen. Professor Weidt spricht. Karten zu 20 Pfennig sind in Ephrata und im Telefonhaus noch zu haben.

Dienstag fällt das Turnen aus.

Anzeigen aus Bethel.

— Wir schleifen, reparieren und vernickeln Messer, Scheren, sowie sämtliche Schneidwerkzeuge. Gleichzeitig bringen wir unsere Schuhmacherei in empfehlende Erinnerung. Die Preise für Schuhreparaturen sind bedeutend herabgesetzt. Heilstat, Orthopädische Werkstätten.

Schriftleitung: W. Kraus, Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. H. Hüttel. Anzeigen: A. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schleifach 28. Für Geldsendungen Postfachkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“. Christliches Tageblatt, Bethel 6. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des Aufwärts.

Für Monat 193 . Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten. Ich werde die Zeitung abholen.

Name

Stand

Wohnort

Straße und Hausnummer

An das Postamt

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einreichen. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1.25 und 36 Pfg. Bestellgeld. Ich zustreffendes streichen.

Knoblauchzwiebelkraft

Ist ein hochwertiges Naturmittel und besitzt die Eigenschaft den erhöhten Blutdruck herabzusetzen, daher äußerst wirksam gegen Arterienverfälschung und Hämorrhoiden, gut gegen Magen- und Darmstörungen, Nieren-, Blasen-, Gallen- und Leberbeschwerden, Wässer, bei Zucker, Gicht, Rheumatismus und Asthma sehr zu empfehlen. Schon vor 3000 Jahren gebrauchten die Orientalen den Knoblauchkraft gegen viele Krankheiten und sollte dieses hochwertige Naturmittel deshalb in keiner Familie fehlen. Preis pro Flasche für ca. 4 Wochen reichend RM 3.50. Bei geschlossener Bestellung von 5 Flaschen liefere ich die 6. Flasche gratis franco Nachnahme.

Otto Radak, Bad Deynhausen 4.

Qualitäts - Matratzen

in verschiedenen Füllungen wie

Robhaar, Kapok, Alpengras mit Haarauflage, Alpengras „Original Schlaraffia“

Polsterrei Ordelheide, Bielefeld

Kreuz Str. 45

Der diesjährige

Heidschnuckenlammfleisch-Versand

hat begonnen. Postpaket 1/2 Braten, 1/2 Kochfleisch eins. fl. Porto und Verpackung 8.50 M. Größere Mengen, Bahnversand, Angebot auf Anfrage.

Arbeiter - Kolonie, Freistadt, Kr. Sulingen (Prov. Hannover)

Dauermieter

oder ein bis zwei j. Mädchen z. Erlernung guter Küche finden bei mäßigem Preis

Aufnahme

in ruhigem, kl. Villenhaus. Für Erholungsgäste Tagespreis 3.75 bis 4 M. Gesunder Aufenthalt, nahegeleg. schöne Spaziergänge.

Frl. von Otterstedt,

Ballenstedt-Harz, Post-Str. 61.

Ein gläubiger

ig. Mann

(Ww.) sucht ein Stelle bis zum 15. 10. 31. in der Landwirtschaft zur weiteren Ausbildung. Kann alle vorkommenden Arbeiten und bin ein gut. Viehpfleger. Freundl. Angeb. sind zu richten an die Geschäftsstelle dieses Blattes unter A 1947

Flid- und

Stopfapparate

für Handgebrauch pro St. 90 Pf. dito für Nähmaschine. Für jede Maschine passend, pro Stück 1.50 M., alles portofrei bei Vorausbezahlung. Briefmarken nehmen in Zahlung. Johannes Walter, Freudenstadt, Würtemberg postlagernd.

Rechtlungenkrankte u.

Erholungsbedürftige finden liebevolle Aufnahme bei zeitgem. Preise. Biegehalle am Walde, Zentralheizung usw. Kurheim Frau Dr. Brandner, St. Wassen.